



CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

Département de la sécurité, des affaires sociales et de l'intégration  
Service administratif et juridique.

Departement für Sicherheit, Sozialwesen und Integration  
Verwaltungs- und Rechtsdienst

Datum 23. November 2012

---

## Psychiatrisches-Gutachten

---

Für eine Person die eine psychische Störung aufweist kann eine Beistandschaft errichtet (ZGB 390 Abs. 1 Ziff.19) oder eine fürsorgliche Unterbringung (ZGB 426 Abs. 1) angeordnet werden.

Falls eine Beistandschaft angeordnet wird, muss ein psychiatrisches Gutachten verlangt werden, wenn Zweifel bezüglich der geistigen Fähigkeiten oder bezüglich der psychischen Stabilität der betroffenen Person bestehen (EGZGB 118f Abs. 1 lit. a).

Im Falle einer fürsorglichen Unterbringung muss ein psychiatrisches Gutachten in jedem Fall erstellt werden (EGZGB 118f Abs. 1 lit b).

Eine interdisziplinäre Gruppe welche von Dr. Eric Bonvin präsiert wird und zu der namentlich auch der Doyen des Zwangsmassnahmengerichts als spezialisierter Richter im Sinne von EGZGB 114 I Buchstabe c zählt, hat zwei Musteranträge für ein psychiatrisches Gutachten erstellt.

In der **Beilage 1** finden Sie den Antrag auf ein psychiatrisches Gutachten für den Fall einer Beistandschaft; in der **Beilage 2** den Antrag auf ein psychiatrisches Gutachten für den Fall einer fürsorglichen Unterbringung.

Wir empfehlen Ihnen diese beiden Musteranträge zu verwenden. Dies sollte Ihnen die Zusammenarbeit mit dem Gutachter erleichtern, die Aufgabe des Gutachters vereinfachen und die Einreichung des Gutachtens beschleunigen.

**Michel Perrin**  
Dienstchef

Beilagen: erwähnt

Kindes- und Erwachsenen-  
schutzbehörde  
von .....

....., den .....

.....  
.....  
.....  
.....

**Antrag auf ein psychiatrisches Gutachten**  
**Artikel 390 und folgende ZGB / Artikel 118f Absatz 1 Buchstabe a EGZGB**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beantragen die Erstellung eines Gutachtens im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen gemäss oben genannten Artikeln bezüglich nachstehender Person (betroffene Person):

Name: ..... Vorname: .....

Geburtsdatum: ..... Name des Vaters: .....

Zivilstand: ..... Nationalität: .....

Genaue Adresse: .....

und unterbreiten Ihnen folgende Informationen:

**1. Bericht über die betroffene Person**

**1.1 Persönliche Situation**

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

**1.2 Familiäre Situation**

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.3 Berufliche Situation

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.4 Soziale Situation

.....  
.....  
.....  
.....

1.5 Finanzielle Situation

.....  
.....  
.....  
.....

1.6 Zivilrechtliche Vergangenheit im Rahmen des Personenschutzes

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.7 Medizinische Situation

Die betroffene Person wird von Dr. .... behandelt.

Die betroffene Person, zur Mitwirkung bei der Abklärung des Sachverhaltes verpflichtet, entbindet ihren behandelnden Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht (ZGB 448 I, II); im Anhang finden Sie die durch die betroffene Person erteilte Bewilligung.

Da die betroffene Person die Mitwirkung bei der Abklärung des Sachverhaltes verweigert, haben wir die Kommission für die Aufhebung des Berufsgeheimnisses gebeten, ihren behandelnden Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht zu befreien (ZGB 448 I, II, Gesundheitsgesetz Art. 32,33); im Anhang finden Sie den rechtskräftigen Entscheid.

## **2. Fragen an den Begutachter**

Im Rahmen der eröffneten Untersuchung bitten wir Sie, folgende Fragen zu beantworten:

- 2.1 Leidet die betroffene Person unter einer psychischen Störung?  
Sind ihre geistigen Fähigkeiten oder ihr psychisches Gleichgewicht beeinträchtigt?
- 2.2 Leidet die betroffene Person unter einer geistigen Behinderung, einer psychischen Störung, einem anderen Schwächezustand oder einer vorübergehenden Urteilsunfähigkeit (ZGB 390 I)?
- 2.3 Ist die betroffene Person fähig ihre (persönlichen und wirtschaftlichen) Geschäfte selbst zu führen?
- 2.4 Ist es Ihrer Meinung nach wichtig, eine Beistandschaft zu ernennen, insbesondere eine Mitwirkungsbeistandschaft (ZGB 396) oder eine umfassende Beistandschaft ZGB 398)?
- 2.5 .....
- .....

## **3. Kosten des Gutachtens**

Die Behörde für Kindes- und Erwachsenenschutz wird die Kosten für das Gutachten nach Erhalt des Berichts begleichen. Legen Sie bitte eine Rechnung bei.

Wir danken Ihnen im Voraus und grüssen Sie freundlich

**Kindes- und Erwachsenen-  
Schutzbehörde von**

.....

**Beilage:** erwähnt

Kindes- und Erwachsenen-  
schutzbehörde  
von .....

....., den .....

.....  
.....  
.....  
.....

**Antrag auf ein psychiatrisches Gutachten**  
**Artikel 450e Absatz 3 ZGB / Artikel 118f Absatz 1 Buchstabe b EGZGB**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beantragen die Erstellung eines Gutachtens im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen gemäss oben genannten Artikeln bezüglich nachstehender Person (betroffene Person):

Name: ..... Vorname: .....

Geburtsdatum: ..... Name des Vaters: .....

Zivilstand: ..... Nationalität: .....

Genaue Adresse: .....

und unterbreiten Ihnen folgende Informationen:

**1. Bericht über die betroffene Person**

**1.1 Persönliche Situation**

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

**1.2 Familiäre Situation**

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.3 Berufliche Situation

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.4 Soziale Situation

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.5 Finanzielle Situation

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.6 Zivilrechtliche Vergangenheit im Rahmen des Personenschutzes

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

1.7 Medizinische Situation

Die betroffene Person wird von Dr. .... behandelt.

- Die betroffene Person, zur Mitwirkung bei der Abklärung des Sachverhaltes verpflichtet, entbindet ihren behandelnden Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht (ZGB 448 I, II); im Anhang finden Sie die durch die betroffene Person erteilte Bewilligung.
  
- Da die betroffene Person die Mitwirkung bei der Abklärung des Sachverhaltes verweigert, haben wir die Kommission für die Aufhebung des Berufsgeheimnisses gebeten, ihren behandelnden Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht zu befreien (ZGB 448 I, II, Gesundheitsgesetz Art. 32,33); im Anhang finden Sie den rechtskräftigen Entscheid.

## **2. Fragen an den Experten**

Die Schutzbehörde prüft die Möglichkeit einer fürsorgerischen Unterbringung der betroffenen Person aufgrund

einer psychischen Störung;

einer geistigen Behinderung;

einer Verwahrlosung.

Im Rahmen der eröffneten Untersuchung bitten wir Sie, folgende Fragen zu beantworten:

- 2.1 Leidet die betroffene Person unter einer psychischen Störung?  
Sind ihre geistigen Fähigkeiten oder ihr psychisches Gleichgewicht beeinträchtigt?
  
- 2.2 Wenn ja, inwiefern ist die psychische Störung eine Gefahr für das Leben der betroffenen Person oder für ihre persönliche Integrität, beziehungsweise diejenige Dritter?
  
- 2.3 Braucht die betroffene Person in Anbetracht der Antworten auf die vorausgegangenen Fragen eine Betreuung oder eine Behandlung?
  
- 2.4 Wenn ja, welche konkreten Risiken würde eine Nichtumsetzung der empfohlenen Betreuung für das Leben oder die Gesundheit der betroffenen Person oder für Dritte bergen?
  
- 2.5 Ist angesichts des Schutzbedürfnisses der betroffenen Person eine fürsorgerische Unterbringung angebracht oder kann ihr die nötige Betreuung/Behandlung ambulant geleistet werden? Welche Massnahme ist die Geeignetste?
  
- 2.6 Ist sich die betroffene Person ihrer Krankheit und der Notwendigkeit einer Behandlung glaubwürdig bewusst?
  
- 2.7 Welche Prognose kann in Bezug auf die betroffene Person gestellt werden, wenn eine fürsorgerische Unterbringung notwendig ist (insbesondere über die zu erwartenden Ergebnisse und der vorgesehenen Dauer der Unterbringung)?
  
- 2.8 Welche geeignete Einrichtung könnte gegebenenfalls für die fürsorgerische Unterbringung der betroffenen Person in Frage kommen? Weshalb kommt besonders diese Einrichtung in Betracht? (Man versteht unter geeigneter Einrichtung eine Anstalt, die durch ihre organisatorischen und personellen Mittel den wesentlichen Bedürfnissen der Behandlung und der Betreuung der betroffenen Person gerecht wird.)
  
- 2.9 .....
- .....
- .....

### **3. Kosten des Gutachtens**

Die Schutzbehörde wird die Kosten für das Gutachten nach Erhalt des Berichts begleichen. Legen Sie bitte eine Rechnung bei.

Wir danken Ihnen im Voraus und grüssen Sie freundlich

**Kindes- und Erwachsenen-  
schutzbehörde von**

.....

**Beilage:** erwähnt

09.04.2014